
2780/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 21.09.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Melanie Erasim,
Genossinnen und Genossen

betreffend: Nachhaltigkeit im Tourismus

Auf der diesjährigen, im Mai abgehaltenen Tagung zum Thema „Brennpunkt Innovation“ (von SalzburgerLand Tourismus Gesellschaft (SLTG) und FH Salzburg organisiert) lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Nachhaltiger Tourismus“. Leo Bauernberger, Geschäftsführer der SalzburgerLand Tourismus Gesellschaft (SLTG) betonte in Bezug auf Salzburg: „Der Klimawandel ist ein Faktum und beeinflusst auch unsere Region, insofern hat jeder die Verantwortung, in seinem Bereich einen Beitrag zu leisten.“¹ Dieser Satz lässt sich vom regionalen Aspekt, der bei Nachhaltigkeit immer zentral ist, fraglos auf die Ebene der Bundespolitik heben. Auch der darauffolgende Satz von Bauernberger kann für die Problematik als wesentlich betrachtet werden. Er sagte nicht weniger und nicht mehr, als: „Es braucht zweifellos Mut, um Dinge neu zu denken und anzupacken.“² Genau in diese Kerbe schlug Christian Baumgartner, Professor für Nachhaltigen Tourismus an der Fachhochschule Graubünden in der Schweiz. Er kritisierte: „Die meisten Nachhaltigkeitsstrategien im Tourismus haben das Wort nachhaltig in der Präambel, aber im Maßnahmenplan fehlt es dann wieder komplett.“³ Den Grund für die vielfach nur im Schlagwortbereich angesiedelte Umsetzung sieht er auch in der Ausrichtung der Förderpolitik und führt hier insbesondere die Beschneidungsanlagen an, die er als „vollkommen anachronistisch“⁴ bezeichnet. Vor allem fehle es an neuen Geschäftsmodellen bei niedrig gelegenen Schigebieten.

Diese Kritik muss insgesamt ernst genommen werden. Durch die aktuelle Energiekrise wird die Notwendigkeit sich von althergebrachten Geschäftsmodellen zu lösen und Mut

¹ <https://newsroom.salzburgerland.com/expertinnen-diskutieren-tourismus-zukunft/> (pt 12.09.2022).

² Ibid.

³ <https://salzburg.orf.at/stories/3158067/> (pt. 12.09.2022).

⁴ Ibid.

für Neues zu haben noch zusätzlich verdeutlicht. Die Dringlichkeit besteht. Gleichzeitig muss in einem Land in der Größe Österreichs auch der Mut bestehen, vom föderalistischen Autarkiegedanken, den es in diesem Bereich ohnehin nicht gibt, zu einem bundesweiten Entwicklungsplan zu wechseln. Schigebiete von Tirol bis Niederösterreich haben ähnliche Problem und genau hier ist, im Sinne eines nachhaltigen Tourismus, anzusetzen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der zuständige Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit der Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, wird aufgefordert mit den Bundesländern und Gemeinden eine abgestimmte Entwicklungsstrategie für den Umstieg niedrig gelegener Schigebiete auf neue Geschäftsmodelle vorzulegen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Tourismusausschuss vorgeschlagen.